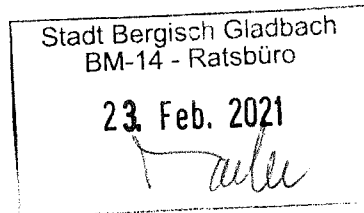


CDU-Fraktion / Konrad-Adenauer-Platz 1 / 51465 Bergisch Gladbach

Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach
Ratsbüro
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Per E-Mail an ratsbuero@stadt-gl.de



CDU-Fraktion im Rat der
Stadt Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

T 02202 142218
F 02202 142201
fraktion@cdu.gl
www.cdu.gl/fraktion

Antrag zur Ratssitzung

23. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten, unseren Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates, hilfsweise des nächsten Hauptausschusses als Ratsersatz zu setzen.

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt:

1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fordert vom Land Nordrhein-Westfalen eine umfassende Bürgerbeteiligung der betroffenen Anwohner bei einer Verlängerung/Veränderung der bestehenden Nachtflugregelung des Flughafens Köln/Bonn.
2. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fordert die Einrichtung eines qualifizierten Gremiums, das mit Blick auf das Jahr 2030 verbindliche Vorschläge für einen fairen Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Interessen des Flughafens und den gesundheitlichen Ansprüchen der betroffenen Anwohnerschaft erarbeitet.
3. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach wird von der Stadtverwaltung zeitnah über Antragsverfahren zur Verlängerung/Veränderung der bestehenden Nachtflugregelung des Flughafens Köln/Bonn informiert.
4. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach wird laufend über Bergisch Gladbacher Themen tangierende Beratungen der Fluglärmkommission informiert.

Begründung

Die Bergisch Gladbacher Bürger sind – vor allem in den Stadtteilen Refrath/Frankenforst, Bensberg, Moitzfeld und Herkenrath – wie viele andere Anrainer des Flughafens Köln/Bonn auch – in hohem Maße von Fluglärm betroffen. Besonders nachts sind die in großer Zahl startenden Flugzeuge – in der Corona-Pandemie besonders im Fracht-, im Normalfall aber auch im touristischen Charterverkehr – eine Belastung für viele Anrainer. Die Voraussetzung für die nächtliche Nutzung des Flughafens bildet aktuell die Nachtflugerlaubnis des Flughafens, die mit dem Jahr 2030 endet.

Für eine weitere Verlängerung über das Jahr 2030 hinaus besteht aus wirtschaftlicher Sicht des Flughafens, seiner Nutzer/innen und Mitarbeiter/innen ein hohes Interesse an einer baldigen und langfristigen Regelung, um Rechtssicherheit zu schaffen. **Hier muss aber sichergestellt werden, dass den wirtschaftlichen Interessen der Flughafenseite die gesundheitlichen Bedürfnisse der Anwohner in ausreichendem Maße gegenübergestellt wird und ein Ausgleich zwischen beiden Seiten im Rahmen der Nachtflugregelung erfolgt.** Das dazu aus der Fluglärmkommission einzurichtende Gremium sollte

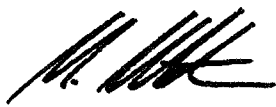
- aus Vertretern beider Seiten bestehen,
- durch eine von beiden Seiten akzeptierte Person geleitet werden und
- ein Budget für die Beratung und die Klärung von (strittigen) Sachfragen erhalten.

Es besteht bei Bürger/-innen der vom Lärm betroffenen Kommunen große Sorge, dass eine Verlängerung der Nachtflugregelung des Flughafens ohne ausreichende Würdigung aller für ein Gemeinwesen relevanten Einflussfaktoren erfolgt. Über die Fluglärmkommission des Flughafens Köln/Bonn soll daher die Forderung an das Verkehrsministerium NRW erhoben werden, dass vor einer eventuell geplanten Verlängerung der Nachtflugregelung des Flughafens über 2030 hinaus eine wirksame Bürgerbeteiligung organisiert wird. Es wird angeregt, aus der Fluglärmkommission heraus im Zusammenwirken mit dem Ministerium ein Gremium zu bilden, das mit Blick auf die Zeit nach dem Jahr 2030 verbindliche Vorschläge für einen fairen Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Interessen des Flughafens und den gesundheitlichen Ansprüchen der Anwohner ausarbeitet. Um dies zu gewährleisten, wurde bereits im Jahre 2017 ein Schreiben der Fluglärmkommission an das NRW-Verkehrsministerium gerichtet mit der Aufforderung, die betroffenen Kommunen rechtzeitig vor einer Verlängerung der Nachtflugregelung des Flughafens einzubinden.

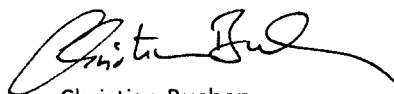
Mit dem vorliegenden Auftrag an die Fluglärmkommission soll diese Forderung erneuert und erweitert sowie eine nachhaltige und verbindliche Vereinbarung mit dem Verkehrsministerium erreicht werden.

Dieser Antrag basiert auf einem fast wortgleichen Antrag, den die Kooperationsfraktionen von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen erfolgreich im Rat der Stadt Rösrath erfolgreich zur Abstimmung gestellt haben.

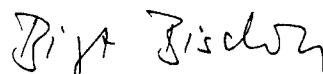
Mit freundlichen Grüßen



Dr. Michael Metten
Fraktionsvorsitzender



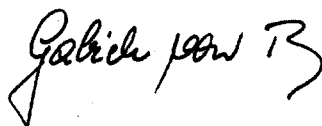
Christian Buchen
Stv.-Fraktionsvorsitzender



Birgit Bischoff
Stv.-Fraktionsvorsitzende



Christian Held
Ratsmitglied
für Bensberg-Süd/Kaule



Gabriele von Berg
Ratsmitglied
für Romaney-Ost/
Herkenrath/Herrenstrunden



Oliver Renneberg
Ratsmitglied
für Stadtmitte-Ost/Romaney-
West/Hebborn-Nord